Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 6 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 296. Dienstag den 29. September 1891. 85. Jahrgang.

Zur politischen Lage.

Die Bedeutung der Friedenskundgebung, welche in der vom Herrn Reichskanzler gestern in Osnabrück gehaltenen Rede enthalten ist, wird allseitig in vollem Maße gewürdigt. Die Ausführungen des Herrn von Caprivi werden von Niemandem unterschätzt. Wie wenige Tage vorher der preußische Handelsminister, hat auch Herr v. Caprivi betont, daß die Befürchtungen, der gegenwärtige Zustand würde nicht erhalten bleiben, unbegründet seien. Die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens ist auf dem Willen der Regierenden begründet, welche den Frieden ungestört, einen europäischen Krieg vermieden zu sehen wünschen.

Daß aber die Worte des deutschen Reichskanzlers nicht überschätzt werden können, dafür hat zur selben Stunde Herr Ribot, der französische Minister des Auswärtigen, gesorgt. Die Worte, welche dem Munde des Herrn Ribot entströmten, sind keineswegs, wie es mehrfach in der demokratischen Presse geschieht, ebenfalls als eine überzeugte Friedenskundgebung aufzufassen. Der französische Minister wies mit ebensoviel Geschick wie Betonung auf die in Kronstadt erfolgte Verbrüderung hin, und wenn Herr v. Caprivi in der Annäherung Frankreichs an Rußland nur den Ausdruck schon vorhandener Verhältnisse, lediglich die Feststellung eines europäischen Gleichgewichts erkennt, wie es bereits früher bestanden habe, so constatirt dagegen Herr Ribot als das Ergebniß von Kronstadt, daß sich Frankreich in einer neuen Lage befinde. Man darf aus diesen Worten wohl das Zugeständniß herauslesen, daß ein bestimmter Vertrag mit Rußland abgeschlossen worden ist, und daß dieser lediglich friedliche Zwecke verfolge — credat Judaeus Appella! — Wir wollen übrigens bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Meldung verschiedener Blätter, durch das französische Geschwader seien dem russischen Bundesgenossen auch nicht unbedeutende Mengen rauchschwaches Pulver als „Gastgeschenk" überreicht worden, bisher weder von französischer noch von russischer Seite bestritten worden ist.

Gleichwohl darf man Herrn Ribot glauben, daß die französische Regierung „zunächst" den Frieden nicht gefährden wird. Denn der Zar hält den Zeitpunct noch nicht für gekommen, man ist in Rußland noch nicht vorbereitet genug und in dem republikanischen Frankreich will man heute nur dasselbe, was der Zar und die Russen wollen, die französischen Armeen werden marschiren, sobald von Petersburg der Befehl an sie ergeht.

Dieses Urtheil spiegelt sich auch in den Auslassungen der gesammten deutschen Presse wider, welche darum mit einer seltenen Einmüthigkeit das Vorgehen der Berliner Bankhäuser verurtheilt, welche sich bereit finden lassen, für die Kriegscasse unseres östlichen Nachbarn zu wirken. Freilich geht der russische Patriotismus der Herren Mendelssohn und Warschauer nicht so weit, daß sie ihr eigenes Geld dazu hergeben. Sie „legen nur auf" in Berlin, das heißt, sie fordern die deutschen Bürger auf, ihr Geld den Russen zu borgen. Die Herren Mendelssohn und Warschauer wollen die Vermittelungsgebühr verdienen, die Russen sollen das Geld bekommen, welches die Deutschen verlieren und mit dessen Hilfe das Deutsche Reich bekriegt werden soll. Die Lüge, daß die deutsche Regierung den Wunsch ausgesprochen habe, daß in Berlin die russische Anleihe aufgelegt werde, hat sich unsere Regierung beeilt, als eine Verleumdung zu bezeichnen. Aber daß die betreffenden Bankhäuser diese Unwahrheit verbreiten ließen, zeigt das Bewußtsein des unpatriotischen Vorgehens.

Die deutschen Bankers, welche die russische Anleihe unterstützen, entbehren völlig des deutschen Nationalgefühls — das ist eine erwiesene Thatsache; der Geldgewinn geht ihnen weit über den Patriotismus, und der gemeine Vortheil läßt sie die Stimme der öffentlichen Meinung, der allgemeinen Verachtung überhören. In Frankreich wäre ein ähnlicher Vorgang unmöglich. Aber wir fürchten, auch bei uns wird dieser Vorgang nicht so bald vergessen werden und vielleicht in ungünstiger Stunde die Empörung weiter Kreise sich derart Luft machen, daß der Unschuldige mit dem Schuldigen getroffen wird.

Wenn übrigens die „Freisinnige Zeitung" behauptet, die deutsche Regierung „vertheidige" ihr „neutrales Verhalten" gegenüber den beiden Bankhäusern, so ist das eine völlig schiefe Auffassung der Lage. Hier hat und hatte die Regierung keine Macht, die Regierung konnte nicht anders handeln, für die Bankhäuser mußte das Nationalgefühl die Schranke sein, welche das Criminalgesetz nicht vorgesehen hat.

---

* In der Stellungnahme zu der russischen Anleihe zeigt die deutsche Presse eine erfreuliche Einmüthigkeit; mit Ausnahme einiger ganz vereinzelter Stimmen wird die Nichtbetheiligung des deutschen Publicums als selbstverständlich betrachtet. Daran hat indeß im Ernst auch vorher kaum Jemand gezweifelt, und wenn die Thatsache, daß zwei Berliner Firmen sich an der Auflegung der Anleihe betheiligen, einen allgemeinen Entrüstungssturm entfesselt hat, so ist daran weniger diese Thatsache selbst, als die Weise schuld, wie sie in Scene gesetzt wurde. Aus der Betheiligung an sich den Häusern Mendelssohn und Warschauer ein Verbrechen zu machen, ist übertrieben; wir leben mit Rußland in Frieden und Niemand ist verpflichtet, an kriegerische Absichten desselben uns gegenüber zu glauben. Aber wenn die öffentlichen Wortführer jener Firmen für dieselben gar noch ein großes patriotisches Verdienst in Anspruch nehmen wollten, so mußte das allerdings die schärfste Zurückweisung herausfordern.

Der Grund, weshalb der russische Finanzminister die Mitwirkung der beiden Berliner Firmen für wünschenswerth hielt, liegt zu klar zu Tage, als daß sich Jemand darüber täuschen konnte. Dem kleinen Capitalisten in Frankreich, der trotz Kronstadt wenig Neigung hat, sein Geld für eine russische Kriegsanleihe herzugeben, sollte durch ein „so eminent friedliches Symptom" Mut gemacht werden; auf nennenswerthe Zeichnungen in Deutschland hat Herr v. Wischnegradsky ebenso wenig gerechnet wie seine Bankiers. Ob es dem Ansehen der genannten Firmen nicht besser entsprochen hätte, die Theilnahme an diesem Spiele zu versagen, ist ihre Sache; aber dies Spiel dadurch auf die Spitze zu treiben, daß man das deutsche Publicum an einen tiefgreifenden Umschwung der europäischen Lage in der Richtung des gesicherten Friedens glauben machen wollte, muß schon an sich auf das Schärfste gerügt werden, noch mehr aber wegen der Art, wie man unsere Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Sache hineingezogen hat. Zuerst hieß es an der Börse, die deutsche Regierung habe die Auflegung der Anleihe in Berlin „genehmigt", dann sprach man von einem internationalen Meinungsaustausche, infolge dessen unsere Regierung „sich für die Sache interessire"; schließlich sollte sie gar die Betheiligung des deutschen Capitals an der russischen Anleihe „dringend wünschen". Und das Alles war rein erlogen! Die Regierung hat sich einfach neutral verhalten; zu „genehmigen" hatte sie überhaupt nichts! In solcher Weise wird an der Börse Politik gemacht.

So lange es sich dabei um kleine Kunstgriffe der einander im Börsenspiel bekämpfenden Parteien handelt, pflegt man sich draußen wenig darum zu kümmern; hier aber liegt ein Täuschungsverfahren vor, welches, wenn ihm Glauben geschenkt würde, das Vertrauen zu der Ruhe und Stetigkeit unserer auswärtigen Politik im deutschen Volke hätte schwer erschüttern müssen. „Grober Unfug" würde unseres Erachtens für diesen Vorgang noch eine sehr gelinde Bezeichnung sein.

Leipzig, 29. September.

* Der Kaiser hat während seines Aufenthaltes in Rominten wiederholt Jagden abgehalten. Täglich erledigt der Monarch daselbst die laufenden Regierungsgeschäfte, wie er auch regelmäßig Vorträge entgegennimmt. Ueber die Rückkehr des Kaisers nach Berlin bezw. Potsdam liegen endgiltige Bestimmungen noch nicht vor.

* Montag Abend gab der Reichskanzler v. Caprivi im Hotel Schaumburg in Osnabrück ein Souper, zu welchem etwa 40 Einladungen an Militairpersonen und an die Spitzen der Behörden ergangen waren.

* Nach aus Cannes eingetroffenen Nachrichten hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die Reise sehr gut überstanden; dieselbe hat auf sein Befinden keinen ungünstigen Einfluß gehabt.

* Der Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums, Staatsminister v. Bötticher, welcher sich zur Zeit in Frankfurt a. M. aufhält, wird am 30. d. M. von seinem Urlaube nach Berlin zurückkehren.

* Im nächsten Etat des Auswärtigen Amtes ist, so wird aus Berlin gemeldet, für geheime Ausgaben eine erhebliche Mehrforderung gestellt, da der Welfenfonds hierfür nicht mehr verwendet werden soll. Ueber die künftige Verwendung desselben soll noch kein Beschluß gefaßt sein.

* Zur Anwesenheit des Zaren in Berlin wird uns geschrieben: Die Anwesenheit des Zaren in Berlin giebt stoffarmen und sensationslüsternen Correspondenten Gelegenheit zu allerlei möglichen Erörterungen. Wer Zeuge jenes Empfanges auf dem Stettiner Bahnhof gewesen ist, wird zugeben müssen, daß derselbe sich wesentlich anders abgespielt hat, als wenn sonst ein gekröntes Haupt in Berlin eintrifft. Der jubelnde Ton, welchen die Begeisterung des Volkes hineinträgt, fehlte ganz. Der Zar, welcher an dem ganzen mit Menschen besetzten Zug, welche freilich von zahlreichen Schupleuten am Aussteigen verhindert wurden, vorbei mußte, blickte recht ernst darein. Mit dem Prinzen Friedrich Leopold, der an seiner Seite schritt, sprach er anscheinend sehr wenig. Erst im Fürstenzimmer, in dem das Souper eingenommen wurde, wurde der Zar gesprächiger; es wurde Deutsch gesprochen und das ganze Gespräch drehte sich um die Reise und den Tod der Großfürstin Alexandra. Daß politische Gegenstände berührt oder gestreift wurden, war schon durch den Zweck der ganzen Reise ausgeschlossen. Die Zarin war anscheinend durch die Reise ermüdet, der Trauerfall hatte sie auch tief erschüttert, und so war ihre Betheiligung am Gespräch nur gering. Wer den Zaren und die Zarin wiederholentlich gesehen, wird nicht bestreiten können, daß er gealtert ist, namentlich sah man dies, wenn er den Hut lüftete; das Haar ist dünn, ganz dünn geworden, die liebliche Schönheit der Zarin besteht noch unverändert fort.

* Die Episode Mendelssohn-Warschauer kann bereits als überwunden gelten: Die Herren werden den übernommenen Verpflichtungen gemäß die russische Anleihe in Berlin auflegen; eine Unterstützung seitens des Publicums aber finden sie nicht, und ebensowenig werden sie darauf rechnen können, von der Regierung gefördert zu werden. Die öffentliche Meinung hat ohne jeden Unterschied der Parteien in so entschlossener Weise das Vorgehen der beiden Bankhäuser verurtheilt, daß sie und die anderen Herren der hohen Finanz daraus hoffentlich für die Zukunft die Lehre ziehen, daß sie das nationale Gefühl zu respectiren haben. So ist die spontane Aeußerung des Widerspruches gegen die Theilnahme deutschen Capitals an der russischen Anleihe zugleich eine Kundgebung des patriotischen Empfindens der Nation geworden, und darüber kann man sich nur freuen. Ein stillschweigender Protest ist kein Protest, und wer die Faust nur in der Tasche zu ballen pflegt, kann sich nicht wundern, wenn seine Stimmungen wenig Beachtung finden. Herr Eugen Richter freilich nennt es Chauvinismus; aber die übrigen Organe der freisinnigen Partei haben diesmal ihren Meister im Stich gelassen, und zumal die „Vossische Zeitung" läßt in der Entschiedenheit ihrer Haltung nichts zu wünschen übrig. Wahrscheinlich wird der Emissionscours der Anleihe, der noch immer nicht feststeht, durch die Ereignisse der letzten Tage herabgedrückt werden. Man nimmt hier an, daß auch die an der Anleihe betheiligte Londoner Firma in England wenig Theilnahme finden wird, so daß schließlich jene 500 Millionen so gut wie vollständig von Frankreich zu beschaffen sein werden. Das ist auch ganz in der Ordnung und nicht mehr als die im voraus vereinbarte Gegenleistung für die Kronstädter Liebenswürdigkeiten.

* Eine der wichtigen Arbeiten, mit denen sich der Bundesrath demnächst zu beschäftigen haben wird, werden die Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnungsnovelle sein. Um in denselben soweit als möglich die Wünsche des Gewerbestandes berücksichtigen zu können, sind von den Behörden verschiedene Vertretungen des letzteren zu Aeußerungen über ihre Ansichten betreffs einzelner in den Ausführungsbestimmungen zu treffenden Anordnungen veranlaßt worden. So hat, wie wir hören, das Oberbergamt Breslau den oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Verein aufgefordert, über die Ausnahmebestimmungen in Bezug auf die Nachtarbeit weiblicher Arbeiter zu berichten, deren Anwendung für die oberschlesischen Steinkohlen- sowie Zink- und Bleierzgruben nach Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni d. J. der Verein für erforderlich erachtet.

* In Uebereinstimmung mit ihrer kürzlichen Mittheilung über den Stand der Arbeiten am neuen preußischen Volksschul-Gesetz-Entwurf im Cultusministerium schreibt die „N. A. Z.", daß die Arbeiten allerdings unlängst zu einem gewissen Abschluß gelangt seien. Der letztere sei aber keineswegs als ein definitiver anzusehen. Die Besprechungen der einschlägigen Fragen im Cultusministerium dauerten vielmehr noch fort. Es konnte also noch nicht die Berathung des gesammten Staatsministeriums über den Entwurf beginnen. Erst davon aber, ob der Entwurf im Staatsministerium zu Stande käme bezw. für ihn die königliche Billigung zur Einbringung im Landtage nachgesucht werden würde, hänge es ab, ob das Volksschulgesetz in neuer Fassung schon vor den nächsten Landtag kommen werde.

* Die Erörterungen über das Wort Parvenu sind heute ziemlich müßig, da die officielle Fassung der Erfurter Rede den Ausdruck nicht enthält. Indeß ist Angesichts des Lärms der französischen Presse wohl auch nachträglich noch eine Erinnerung interessant, die die „Rhein.-Westf. Ztg." auffrischt. In der bekannten Rede, die Napoleon III. an das grand corps d'Etat richtete und in welcher er seine Verbindung mit Eugenie von Montijo mittheilte, kommt folgender Passus vor: „Oeffentlich nehme ich gegenüber Europa die Stellung eines Parvenus ein, denn das ist ein Ehrentitel, wenn man seine Erhebung der freien Wahl eines großen Volkes zu danken hat." Die Stelle findet sich im „Moniteur" vom 23. Januar 1853.

* Ein Bahnmeister Namens Düpmann hatte neuerdings eine öffentliche Erklärung erlassen, worin er die vom Bochumer Verein für seinen Bezirk gelieferten Schienen als schlecht, dagegen die Krupp'schen Schienen als vorzüglich bezeichnete. Wie die vorgesetzte Behörde des Herrn Düpmann von seiner „Enthüllung" denkt, geht daraus hervor, daß auf directe Verfügung des Herrn Eisenbahnministers Thielen gegen Herrn Düpmann in Schwerte wegen dessen ungesetzlicher Erklärung über die Krupp'schen Schienen und die des Bochumer Vereins die Disciplinar-Untersuchung eingeleitet worden ist.

* Die „Herren von der Opposition" im socialdemokratischen Lager waren durch das officielle Parteiorgan, den „Vorwärts", aufgefordert worden, „ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten". Hierauf ist nun die Frage aufgeworfen: „Auf welchem Wege die Herren der Opposition ihre Anschuldigungen vor den Parteitag bringen können und welches Organ zu ihrer Vertretung ihnen dort zur Verfügung stehe?" Der „Vorwärts" erklärt auf diese Anfrage, „daß den Herren von der Opposition genau dieselben Wege offen stehen, ihre Anträge, Wünsche und Beschwerden vor den Parteitag zu bringen, wie allen übrigen Genossen"; für eine geeignete persönliche Vertretung der Anklagen und Beschwerden auf dem Parteitag zu sorgen, sei Sache der Anhänger der Opposition selbst, was ihnen um so leichter werden würde, als mehrere Angehörige der Opposition als Vertreter nach Erfurt gewählt worden seien.

* Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind dortselbst als Ersatz für die Schutztruppe nach Ostafrika vier Officiere und elf Unterofficiere zur Einschiffung gelangt.

* Aus Eisenach meldet man uns: Der hiesige nationalliberale Reichsverein hält seine erste diesjährige Winterversammlung am Abend des 3. October im „Tivoli" ab. In derselben wird der Töchterschullehrer O. Foltz über das Jahr 1866 und die Gründung der nationalliberalen Partei, sowie der Generalsecretair R. Westphal-Gotha über Kornzölle und Theuerung sprechen.

* Am heutigen Tage tritt der bayerische Landtag zu der letzten Session seiner diesmaligen Wahlperiode zusammen. Man weiß, daß in dem zweiten Staate des Deutschen Reichs die Volksvertretung sechsjährige Wahl- und zweijährige Budgetperioden besitzt, die letzteren übrigens statt der sechsjährigen seit verhältnißmäßig nicht allzu langer Zeit. Da die jetzige Kammer am 28. Juni 1887 gewählt ist, erlischt ihr Mandat im Frühsommer 1893 und steht also jetzt von den drei regelmäßigen Sessionen einer Wahlperiode für diesmal die letzte bevor. Freilich pflegen sich die Landtagssessionen in jedem zweiten Jahre bis tief in den Frühsommer hineinzuziehen, theils wegen der Störung durch den Reichstag, dem namentlich auf der ultramontanen Seite zahlreiche Mitglieder beider Kammern angehören, theils durch die ausgedehnten Commissionsarbeiten, während deren das Plenum von der Isarstadt in die Heimath zurückzukehren pflegt. Für den Besuch oder Nichtbesuch der Reichstags-Verhandlungen pflegen sich übrigens in den Fällen der wichtigen Berathungen in Berlin und München die liberalen und ultramontanen Kammerangehörigen gegenseitig abzupaaren. Man wird demnach diesmal voraussichtlich in mehreren Fällen eine schnelle Hin- und Herfahrt der parlamentarischen Doppelmandatare zwischen der Reichs- und der bayerischen Hauptstadt zu gewärtigen haben.

* Eine genaue Feststellung des Ergebnisses der badischen Landtagswahlen ist nicht möglich, bevor die Abgeordnetenwahlen vollzogen sind, da in manchen Wahlkreisen knappe Mehrheiten vorhanden sind und die Parteistellung vieler Wahlmänner nicht zuverlässig bekannt oder schwankend ist. Als vollständig sicher verloren für die Nationalliberalen sind bisher 10 Mandate zu betrachten, 5 an das Centrum, 2 an die Demokraten und Freisinnigen (nach Abrechnung eines diesen abgenommenen Mandats), 2 an die Socialdemokraten, 1 an die Conservativen; vier Wahlkreise sind noch zweifelhaft. Andererseits werden 13 Mandate als für die Nationalliberalen sicher verloren herausgerechnet. Wie demokratisch-freisinnige Wahlen gemacht werden, davon ein Beispiel aus Schwetzingen. Dort sind 61 nationalliberale, 61 ultramontane und nur 16 demokratisch-freisinnige Wahlmänner gewählt; gleichwohl sollen die Ultramontanen entschlossen sein, für den demokratischen Candidaten, Bürgermeister Eder zu stimmen. Das nennt sich hernach ein demokratischer Abgeordneter! Eine knappe Mehrheit wird den Nationalliberalen im Landtag verbleiben. Das wüste Sammelsurium, welches als Opposition auftritt, Socialdemokraten, Demokraten, Freisinnige, Ultramontane, Conservative, mag wohl fähig sein, einen einmaligen Wahlsieg zu erringen; der Versuch, die Politik auf diesen wirren Haufen zu stützen, kann jedenfalls nicht verlockend sein.

* Der das Elsaß bereisende Berichterstatter des „Gaulois" meldet aus Straßburg folgende Erklärungen des Reichstags-Abgeordneten Petri: „Wir würden eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands als den Anbruch einer besseren Zeit für die ganze Welt begrüßen. Die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reiche ist eine geschichtlich feststehende Thatsache. Wir wünschen, daß an ihr von keiner Seite gerüttelt werde. Selbst die Elsaß-Lothringer, welche ihre jetzige Lage zurückweisen, wollen meist keine Aenderung, da eine solche nur durch einen blutigen Krieg möglich wäre, unter welchem wir, wie er auch ende, am furchtbarsten zu leiden hätten. Lieber deutsch bleiben, als Krieg!"

* * *

* Kaiser Franz Josef hat, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, auf die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Prager Ausstellung mit einer deutlichen Mahnung geantwortet, indem er sagte, der Erfolg der unter seinem besonderen Schutze stehenden Ausstellung möge den gesunden Sinn der ganzen Bevölkerung anfeuern, „alle Kräfte einzusetzen für das weitere, immer mächtigere Aufblühen dieses herrlichen Landes, welches, von der Vorsehung reich gesegnet, nur durch einträchtiges Zusammenwirken beider Volksstämme zum vollsten Aufschwunge gelangen wird." — Dafür, daß man in den österreichischen Regierungskreisen übrigens die Hoffnung auf ein Zustandekommen des Ausgleiches noch nicht aufgegeben hat, spricht folgende aus Wien übermittelte Auslassung der „Montagsrevue":

* Wien, 28. September. Die „Montagsrevue" betont die Undurchführbarkeit des böhmischen Staatsrechtes. Der böhmische Ausgleich bilde das unverrückbare Ziel jeder österreichischen Regierung. Sobald das Czechenvolk wieder zur Besinnung kommen werde, wohin es seine materiellen Interessen sicher bringen würden, werde ihm der Ausgleich, welcher von den besten Männern beider Volksstämme vereinbart, von der über den Parteien stehenden Regierung vertreten, von dem alle seine Nationen mit gleicher väterlicher Liebe umfassenden Monarchen als Erfüllung eines Herzenswunsches gepriesen werde, nicht mehr als ein tödtlicher Angriff auf seine Existenz, sondern als geeignete Grundlage des Friedens in Böhmen erscheinen. Auch die Ansichten der Jungczechen könnten sich ändern. Der Ausgleich bleibe aufrecht und man werde nicht warten, bis etwa wieder eine geeignete Zeit kommt, sondern darnach trachten, dieselbe herbeizuführen, denn wer für den Ausgleich und Frieden in Böhmen sei, sei ein Freund des Reiches.

* Am Montag wohnte der Kaiser von Oesterreich in Prag einem Pontificalamte im St. Veitsdome bei, welches der Cardinal Schönborn celebrirte, und besichtigte später die Staatsgewerbeschule und das Gebäude der Hypothekenbank. Am Nachmittag unternahm der Kaiser eine Ausfahrt nach dem benachbarten Orte Ziskow und wurde daselbst bei der Einfahrt mit Fanfarenklängen und Böllerschüssen begrüßt. In Begleitung des Bürgermeisters durchfuhr der Kaiser die festlich geschmückte Stadt, besichtigte das neu erbaute Rathhaus und fuhr sodann weiter nach Carolinenthal. Hier nahm Se. Majestät die im Bau begriffenen Hafenanlagen an der Moldau in Augenschein und begab sich hierauf zurück nach Prag in die Hofburg. Abends um 6 Uhr fand ein Hoftheater, um 8 Uhr eine Festvorstellung im Deutschen Theater statt. Hierauf wurde eine Rundfahrt durch die prächtig illuminirte Stadt unternommen. Der Kaiser wurde überall von der einheimischen wie von der massenhaft von auswärts herbeigeströmten Menschenmenge mit enthusiastischen Zurufen begrüßt.

* In einer Versammlung des deutschen Nationalvereins bezeichnete der Abgeordnete von Chlumecky, der zu einer längeren Rede das Wort genommen hatte, die Stellung der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich als eine gebesserte. Man könne mit Hoffnung in die Zukunft blicken; immerhin sei kein Grund zur Vertrauensseligkeit.

* Der österreichische Reichsraths-Abgeordnete Freiherr von Chlumecky hielt in Neudietschein eine große Rede, in welcher er betonte, daß die Deutschen noch lange nicht am Ziele ihrer Wünsche seien, daß sich jedoch die Situation wesentlich gebessert habe. Schließlich sprach derselbe sein Vertrauen in Kalnocky's äußere Politik aus.

* Graf Albert Apponyi, das Haupt der gemäßigten Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause, hatte bei der Einbringung der Verwaltungsreform-Vorlage zu Beginn der vorigen Parlamentstagung seine Gegnerschaft der Regierung gegenüber aufgegeben und war ein eifriger Vertheidiger jenes Gesetzentwurfs geworden. Als aber die Regierung vor der Taktik des „Todtredens", welche die äußerste Linke mit Beharrlichkeit verfolgte, die Segel strich und sich damit begnügte, nur die beiden ersten Paragraphen des Verwaltungsreformentwurfes durchzusetzen, die übrigen Paragraphen aber sammt und sonders über Bord warf, wandelte sich die regierungsfreundliche Stimmung des Grafen Apponyi wieder in ihr früheres Gegentheil um. Daß der Führer der gemäßigten Opposition mit der am Schlusse der verflossenen Parlamentstagung ausgesprochenen Drohung, die alte Fehde gegen den Ministerpräsidenten Grafen Szapary wieder aufzunehmen, Ernst zu machen entschlossen ist, ergiebt sich aus folgender Meldung der „Voss. Ztg.":

Pest, 28. September. Graf Albert Apponyi gab gestern in Johanneg einen Rechenschaftsbericht, der einen entschiedenen Absagebrief bezüglich jeder Gemeinschaft mit der Regierung enthält. In ungewöhnlich scharfer Weise kehrt Apponyi diesmal den Oppositionsmann hervor und kommt in seiner Rede dem Standpunct der Unabhängigkeitspartei sehr nahe, indem er die Erweiterung des 1867er Ausgleiches in nationaler Richtung fordert. Vom Ministerpräsidenten Szapary sagt Redner, den Prüfstein seiner Fähigkeiten habe die Verwaltungsreform gebildet. Dieselbe begann mit hochtönenden Phrasen und endete in geradezu lächerlicher Weise. Redner zieht eine Parallele zwischen dem früheren Cabinetschef Tisza und Szapary, die für letzteren sehr ungünstig ausfällt. Tisza habe wenigstens seine große Begabung und Autorität für sich gehabt, Szapary aber treibe persönliche Politik, ohne eine Persönlichkeit zu sein. Graf Apponyi